

1. Mai, der Tag der Arbeit

Wir als LINKE Teltow-Fläming feiern unser 25. Familienfest in Luckenwalde, ein Vierteljahrhundert ist voll! Wir haben zum Tag der Arbeit unser Fest immer mit politischen Inhalten und Forderungen verknüpft – und das nicht nur in Wahljahren!

2015 starten wir zum Maifeiertag die Kampagne »Das muss drin sein. Arbeit, von der man leben kann«. Prekäre Arbeits- und Lebensbedingungen sollen thematisiert und bekämpft werden. Zehn Jahre nach der Agenda 2010 feiert die Bundesregierung die angeblichen »Erfolge«.

Wie sehen diese aus? 25 Prozent der Beschäftigten arbeiten in prekären Jobs, oft zu Niedriglöhnen! Ein Drittel der Bevölkerung wird in prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse gedrängt. Prekär heißt »unsicher« und »unplanbar«. Für Viele ist das inzwischen ganz normal geworden: mit dem Lohn nicht über die Runden zu kommen, auch weil Miete, Energieversorgung und das Leben insgesamt immer teurer werden. Wer neu ins Berufsleben einsteigt, landet in Schleifen befristeter Verträge oder in Werkverträgen ohne Sozialversicherung. Viele Menschen arbeiten in unfreiwilliger Teilzeit oder in Minijobs, während andere unter Überstunden und Dauerstress leiden. Wer sich nicht- oder unterbezahlt um Kinder, Kranke oder pflegebedürftige Menschen kümmert, gerät schnell an die Belastungsgrenzen. In diesem reichen Land werden immer mehr Menschen an den Rand der Gesellschaft gedrängt, ihnen wird der gleiche Zugang zu guter Arbeit, Wohnungen, Gesundheitsversorgung und Bildung versperrt. Erwerbslose werden durch die Sanktionen der Jobcenter gegängelt. Das prekäre Leben hat viele Gesichter – gemeinsam haben viele Menschen, dass der Alltag immer mehr zu einer Zumutung wird und sich die Zukunft immer weniger planen lässt! Es sind die persönlichen Erfahrungen vieler Menschen. Es ist das gesellschaftliche Problem: Prekarität ist längst fester Bestandteil des flexiblen Kapitalismus geworden. Wenn die Bundesregierung, egal mit welcher politischen Farbe, vom deutschen Erfolgsmodell spricht, dann sind damit auch prekäre Jobs und die unsoziale Kürzungspolitik gemeint!

Die Kampagne »Das muss drin sein. Arbeit, von der man leben kann« soll die Menschen ermutigen,



selbst politisch aktiv zu werden und gemeinsam für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation zu kämpfen. Als linke Partei laden wir Jede und Jeden ein, gemeinsam Druck zu machen für etwas, das in einem reichen Land selbstverständlich sein sollte. Der Zeitrahmen ist über die Jahre 2015, 2016 bis zu den Bundestagswahlen 2017 abgesteckt.

Aus den Regionen des Landkreises können sich Interessierte bei uns melden, die sich aktiv in die Kampagne einbringen bzw. selbst Aktionen mit den örtlichen Parteistrukturen gestalten möchten.

Eine Homepage wurde unter www.das-muss-drin-sein.de eingerichtet, auf der gelungene Beispiele zum Nachmachen animieren, aktuelle Informationen ausgetauscht und Erfahrungen geteilt werden können. Auch in den sozialen Netzwerken wird die Kampagne begleitet.

Jetzt mitmachen!

Manfred und Felix Thier, Luckenwalde



Thierisch gesehen

Liebe Leserin, lieber Leser, liebe Genossin, lieber Genosse,

in den letzten Wochen wurden wir im Landkreis mit Aufmärschen und Demos von Rechten, dem Pegida-Ableger »BraMM« oder auch der Initiative »Nein zum Heim in Luckenwalde« konfrontiert. Wir stellten uns ihnen entgegen: Genossinnen und Genossen gemeinsam mit weiteren Bürgerinnen und Bürgern Teltow-Flämings. Ob auf der Straße als Menschenkette vor der Flüchtlingsunterkunft, als Gegenpart zur (zahlenmäßig sehr geringen) Versammlung zum größten Teil nicht einmal ortsansässiger Rechter oder als Teilnehmerin und Teilnehmer vereint bei ökumenischen Andachten in der Kirche als Zeichen gegen draußen marschierende »besorgte« Bürger gegen einen angeblich überbordenden Flüchtlingsstrom – wir sind da und stehen für die Willkommenskultur in unserem Landkreis.

Ich möchte an dieser Stelle einfach danke sagen und die Bitte äußern, beim Einstehen für eben diese Willkommenskultur nicht nachzulassen!

FELIX THIER
Kreisvorsitzender



LANDTAG UND KOMMUNE

VON ANITA TACK

Liebe Leserinnen und Leser im Landkreis Teltow-Fläming,

In seiner März Sitzung hat der Landtag den Entwurf des »Doppelhaushaltes« für die Jahre 2015 und 2016 diskutiert, mit dem die finanziellen Weichen dafür gestellt werden, was sich das Land künftig leisten will bzw. leisten kann.

Der Entwurf enthält Verbesserungen für viele Bevölkerungsgruppen im Lande. Wir wollen weiter in Bildung, Wissenschaft und Forschung investieren, wollen das von den LINKEN initiierte Programm für kommunale Investitionen umset-

zen, mehr Geld für die Sanierung der Verkehrsinfrastruktur einsetzen und das Landespflegegeld erhöhen.

Damit erreichen wir eine Verbesserung des Betreuungsschlüssels in den Kitas, die Neueinstellung von 4.300 Lehrerinnen und Lehrern und die vollständige Kofinanzierung von Geldern aus der EU, damit diese in vollem Umfang eingesetzt werden können, z. B. für die vielfältigsten Projekte im Rahmen des »Stadt-Umland-Wettbewerbes«, woran sich auch die Stadt Luckenwalde mit ihren Umlandgemeinden beteiligen wird. Nun ist es Aufgabe des Parlaments, den Gesetzentwurf der rot-roten Landesregierung zu beraten und zu qualifizieren. Die Beschlussfassung zum Doppelhaushalt erfolgt dann im Juni.

Das Parlament hat sich neben der Haushaltsberatung u. a. auch mit den Rahmenlehrplänen für die Grundschulen, für die bessere Betreuung von Flüchtlingen bei uns im Land und zum wiederholten Male mit der immer noch nicht erreichten Rentenangleichung zwischen Ost und West sowie mit der Volksinitiative zur »Massentierhaltung« befasst.

Als verkehrspolitische Sprecherin konnte ich für unseren Antrag »Zukunft des Schienenpersonenfernverkehrs sicherstellen« werben und die Bundesregierung auffordern, den Fernverkehr auf der Schiene zu stärken und besser mit den Ländern abzustimmen, damit die Fahrgäste im Regional- und im Fernverkehr bessere Angebote erhalten.

DIE LINKE wird sich weiter für die Stärkung des Fernverkehrs auf der Schiene einsetzen, damit möglichst viele Orte an das Fernverkehrsnetz der DB AG angebunden sind, die meisten jedoch über eine zuverlässige Regionalanbindung.

Wir alle wissen, dass Mobilität auf der Schiene für uns alle in den Regionen nur so gut sein wird, wie sich die bundespolitischen Rahmenbedingungen verbessern und wie Klarheit und Transparenz gegenüber den Ländern gewährleistet ist. Mit Besorgnis sehen wir, dass die DB immer mehr Lücken in das Fernverkehrsangebot reißt, die dann der Regionalverkehr der Länder schließen muss. Die Strategie der Bahn, sich nur noch auf rentable Strecken zu konzentrieren, ist aus unserer Sicht die falsche Weichenstellung. Sie hat

ihre Ursache in der Entscheidung zur Bahnreform von 1994 mit der Privatisierung der Bahn.

Deswegen brauchen wir endlich eine bundesgesetzliche Regelung, die Signale für einen zukunftsfähigen Schienenpersonenverkehr in den Regionen stellt.

Dieses und andere Probleme habe ich in meinem Gespräch mit den Konzernbeauftragten der DB AG für Brandenburg Anfang April beraten. So brauchen wir dringend eine Entscheidung, den Bahnhof Baruth/Mark barrierefrei zu gestalten, so dass er auch für Menschen mit Behinderung gut nutzbar ist. Ich bleibe am Thema dran.

Eure/Ihre Anita Tack

Kontakt:

Anita Tack, MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam
Tel: 0331/966 15 10
Fax: 0331/966 15 07
E-Mail: anita.tack@linksfraktion-brandenburg.de

VON NORBERT MÜLLER, MITGLIED DES BUNDESTAGES

Kinderbetreuung – auch mit dem Bund

»Ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, hat bis zur Vervollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege.« (Kinderförderungsgesetz (KiföG) § 24 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII).

Der Ehemann als Ernährer der Familie verdient das Geld, die Frau versorgt Kinder und Haushalt. So einfach war das Weltbild der konservativen CDU/CSU lange. Aber die Auswirkungen der niedrigen Geburtenzahlen und des drohenden Arbeitskräftemangels haben das Selbstverständnis konservativer Politik in den letzten Jahren erheblich durcheinandergewirbelt.

In Deutschland hat sich die Zahl der Geburten seit 2005 relativ stabil bei ca. 680.000 Kindern pro Jahr eingependelt. Seit dem 1. August 2013 haben Eltern ab dem ersten Lebensjahr einen einklagbaren Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in der Kin-

dertagespflege. Als politisches Ziel wurde formuliert, die Betreuungsquote der unter 3-Jährigen (U3) von 15,5 Prozent auf 35 Prozent in 2013 anzuheben. Brandenburg lag 2014 bei einer Betreuungsquote von 58,2 Prozent der U3 und damit im Mittel der ostdeutschen Bundesländer.

Die Hauptlast tragen die Kommunen und die Länder. Das Land Brandenburg stellt 2015 insgesamt 262 Millionen und 2016 insgesamt 287 Millionen Euro bereit. Und der Bund? Der Bund finanziert anteilig Investitionskosten für Aus- und Umbau und seit 2014 jährlich ca. 900 Millionen Euro als Betriebskostenzuschuss. Eine Beteiligung an den massiv gestiegenen Personalkosten der Kommunen und Länder gibt es nicht.

Neue Anforderungen an hochwertige frühkindliche Bildung haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass aus der klassischen Aufgabe der »Kinderbetreuung« ein qualifizierter pädagogischer Lehrberuf geworden ist. Dieser Wandel



BUNDESTAG UND KOMMUNE

muss nun auch in der Neudefinition der gesellschaftlichen Rolle im Verhältnis zu weiterem pädagogischen Personal spürbar werden. Und zuallererst spiegelt sich diese Aufwertung in der Bezahlung wieder. Dieser Prozess verläuft parallel zur deutlichen Verbesserung der Betreuungsquote der unter 3-Jährigen bei gleichzeitigem Versuch die Betreuungsqualität zumindest stabil zu halten oder gar zu verbessern. Beide Prozesse sind richtig, wichtig und werden von der Linksfraktion unterstützt.

Leider – und hier kommen wir zum Kern des Problems – sind mit

den Kommunen und den Ländern die Hauptlastenträger durch diese Mehrfachbelastung finanziell völlig überfordert. Um dem Ziel einer hochwertigen frühkindlichen Bildung für große Teile der Bevölkerung bei gleichzeitiger guter Bezahlung des notwendigen Personals näher zu kommen, muss der Bund in die Pflicht genommen werden. Die Bundesregierung muss neben überschaubaren Investitions- und Betriebskostenzuschüssen in spürbarer Höhe in die Finanzierung der notwendigen Personalkosten einsteigen. Erst dann wird der vom Bundestag beschlossene Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz nicht mehr auf dem Rücken der Kommunen, Länder und Beschäftigten ausgetragen.

Kontakt:

Norbert Müller, MdB
Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 03385/49 45 21
Telefax: 03385/49 45 22
E-Mail: norbert.mueller@bundestag.de



8. März: Internationaler Frauentag

Ja, es gibt ihn immer noch, den Tag der Frauen, den die deutsche Sozialistin Clara Zetkin auf der Zweiten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz am 17.8.1910 in Kopenhagen, zwar noch ohne konkretes Datum, vorschlug. Die Idee, den 8. März zu benennen, kam erst später von Frauen der Sozialistischen Partei Amerikas. Sie gründeten 1908 ein nationales Frauenkomitee, welches die Einführung eines besonderen nationalen Kampftages für die Frauenrechte beschloss. Dieser Tag wird nunmehr seit 1921 am 8. März begangen, und zwar von Frauen weltweit.

Fotos: Felix Thier

Frauentagsfeier des Ortsverbandes Blankenfelde – Mahlow

Auch in diesem Jahr fand die traditionelle Frauentagsfeier des Ortsverbandes Blankenfelde-Mahlow wieder im Vereinhaus Mahlow statt. Rund 35 Frauen und teilweise auch Ehepartner erlebten nach einem Glas Sekt eine mitreißende Zaubershow, präsentiert vom Zauberkünstler Andreas Körner aus Berlin. Anschließend gab es Kaffee und selbst gebackenen Kuchen und es wurde reichlich geplaudert. Der Ortsvorstand möchte sich bei den fleißigen Helfern recht herzlich bedanken. Ein besonderer Dank gilt der Gemeindeverwaltung Blankenfelde-Mahlow für die finanzielle Unterstützung im Rahmen der Frauenwoche, sowie den Sponsoren für diese Frauentagsfeier. Viele Frauen freuen sich schon auf die Frauentagsfeier im Jahr 2016.

Detlef Schiemann,
OV-Vorsitzender
DIE LINKE, Blankenfelde-Mahlow



Petzis Kinderland hat den Frauen im Regionalverband TF Süd mit einem kleinen Programm den Nachmittag gestaltet



Basisarbeit – lebendig und interessant

Im Februar 2015 fand der monatliche Treff der BO-Vorsitzenden des Gebietsverbandes Zossen im Bürgerbüro Ludwigsfelde statt.

Genosse Detlev Schiemann berichtete von der Beratung des Kreisvorstandes.

Anschließend berichteten die BO-Vorsitzenden von ihrer politischen Arbeit vor Ort.

Die bemerkenswerteste Veränderung gab es in Blankenfelde-Mahlow: ein Ortsverband hat sich gegründet, der mit drei Basisorganisationen seine Arbeit leisten wird.

Aus gegebenem Anlass, einige Demos der Rechten fanden und finden in unserer Region statt, hatten wir an diesem Abend das Thema »rechts«

gewählt. Als Gast hatte sich Manfred Thier angemeldet. Die Teilnahme von Vertretern des Mobilen Beratungsteams Tebbin war leider nicht möglich – aber das holen wir nach.

Genosse Thier sensibilisierte eindringlich alle Anwesenden, in dem er bestehende rechtslastige Strukturen, wie Pegida, die AfD, die Reichsbürger vorstellte. Er beantwortete Fragen und gab Info-Material aus.

Überraschungsgast an diesem Abend war Genosse Norbert Müller, MdB, der es ermöglichen konnte, an unserem Termin teilzunehmen.

Er berichtete aus seiner Arbeit in der Bundestagsfraktion – wie immer – auf den Punkt, interessant und motivierend. In seinem Haupt-

aufgabengebiet »Kinder und Jugend« und in der Kinderkommission gibt es einen Menge zu tun.

Dabei spielen die zunehmende Kinderarmut in Deutschland, Kindes-

missbrauch und die steigende Zahl der minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge eine besondere Rolle.

Angelika Linke, Ludwigsfelde



Am 5. Februar 2015 wurde aus Blankenfelde, Mahlow und Dahlewitz ein Ortsverband der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow mit einem gewählten Ortsvorstand gegründet. Genossen *Siegfried Günther*, der seit 1999 sehr verantwortungsvoll die Geschäfte führte, wurde an diesem Abend für seine Arbeit gedankt. In geheimer Wahl wurde Genosse *Detlev Schiemann* aus Mahlow als Vorsitzender des Ortsverbandes Blankenfelde-Mahlow gewählt. Ebenfalls als Vorstandsmitglieder erhielten Genossin *Christa Schubert*, *Stefanie Nimz*, der bisherige Sprecherratsvorsitzende *Siegfried Günther* und *Dietrich Bichler* das Vertrauen der anwesenden Genossinnen und Genossen.

privat

VORGESTELLT:

Marlen und Dirk Krause aus Ludwigsfelde, Mitglieder in der Partei DIE LINKE

Wir sind Marlen und Dirk Krause, kommen aus Ludwigsfelde und sind in erster Linie Eltern von drei Kindern. Unser Weg zu den LINKEN war, denke ich, ein ganz normaler. Wir haben schon immer links gedacht, nennen wir es mal anders, menschlich gedacht. Wir informierten uns früher schon viel und unterstützten ab und an mal die Flüchtlinge am Brandenburger Tor, die gegen die Residenzpflicht demonstrierten, oder leisteten einfach Beistand.

Um die Weihnachtszeit im letzten Jahr wollten wir unseren Hartz-IV-Bescheid überprüfen lassen und wussten, dass dies vielerorts DIE LINKE gern übernimmt und so fragten wir bei Angelika Linke, in der Ludwigsfelder Geschäftsstelle nach, ob dies möglich sei. Angelika konnte uns da gut weitervermitteln, zu Leuten aus der LINKEN, die uns dabei halfen. Meine Frau meinte bei diesem Termin, dass sie gern in die Linke eintreten möchte und ich, als »guter« Ehemann, tat den Schritt mit.

Nun zu dem, was wir politisch oder aktivistisch so treiben. Wir



sind schon länger mit Thorsten Kleis aus Königs Wusterhausen von der LINKEN befreundet, und als er uns davon in Kenntnis setzte, dass dort gegen die BraMM (ein PEGIDA-Ableger aus Brandenburg) demonstriert wird, schlossen wir uns den Genossen und Genossinnen dort an. Es ist uns einfach wichtig, dafür zu kämpfen, dass alle Menschen das gleiche Recht haben und mit Würde behandelt werden. Gegen rassistisches und menschenverachtendes Gedankengut muss man einfach kämpfen.

Hier bei uns in Ludwigsfelde gibt es ein Übergangwohnheim. Zur Weihnachtszeit wollten einige Ludwigsfelder dort etwas spenden und fragten zu diesem Zweck in dem »Ludwigsfelder Bürger Forum«, ei-

ner Gruppe bei Facebook nach, wie man das bewerkstelligen könnte. Da dort gleich wieder Äußerungen folgten wie »zuerst deutsche Kinder« oder »die haben doch eh alle Markenklamotten«, haben wir dann zusammen mit der Anja, die damals spenden wollte, eine neue Facebookgruppe gegründet, die nur den Zweck hatte, Hilfe für dieses Heim zu organisieren. Irgendwann schrieben wir dem leider vor kurzem verstorbenen Bürgermeister Frank Gerhard, ob er uns nicht helfen könne. Wir bekamen sofort einen Termin bei ihm, wo ich mich mit dem Bürgermeister und der Integrationsbeauftragten getroffen habe. Bei diesem Termin wurde beschlossen, dass der Bürgermeister an Kirche, Vereine usw. Einladungen verschi-

cken wird, zu einem Runden Tisch, der sich mit der Thematik Flüchtlingshilfe befassen wird. So dass unsere Facebookgruppe »Helfen in Lu« Kontakt aufbauen kann, zu Vereinen und anderen Organisationen.

Es erschienen zahlreiche Vertreter und es war ein voller Erfolg. Mittlerweile haben wir schon den zweiten Runden Tisch abgehalten und sind mit einer Gruppe von Flüchtlingen zum Fußballturnier in Großbeeren gewesen. Ein paar andere von uns waren mit über 50 Flüchtlingen bei einem Osterfest im »Haus der Familie« hier in Ludwigsfelde. Es war beides ein riesiger Spaß. So ist der Stein ins Rollen gekommen und ich hoffe, die Arbeit mit den Flüchtlingen ist auch weiterhin ein Erfolg und wir können da ganz viel helfen. Im Moment sind wir auf der Suche nach Spenden. Vor allem Kinderbetten werden gebraucht, da der Kreis seine Verpflichtung erfüllt hat, wenn er Feldbetten zur Verfügung stellt. Wir können diesen Umstand für Kinder, gerade Säuglinge, nicht akzeptieren. Vielleicht kann ja dieser Artikel dazu beitragen, noch ein paar Spenden aufzutreiben. Gebraucht wird alles, auch komplette Wohnungseinrichtungen vom Esstisch über Geschirr, Töpfe, Pfannen bis hin zum Bett, Lampen usw. So sind wir.

Rechtsstaat vs. Unrechtsstaat

Argumente gegen eine schwarz-weiße Klassifizierung

Dr. Volkmar Schöneburg ging zum Bildungsabend in seinem Einstieg zum Referat auf den Begriff des »Rechtsstaates« und seine Definition ein – wie ließe sich sonst der »Unrechtsstaat« per Umkehrschluss erklären? Laut Schöneburg ist der Begriff schillernd und aus seiner vierjährigen Erfahrung als Brandenburger Justizminister konnte er davon berichten, dass immer, wenn er Worte wie »weil es der Rechtsstaat erfordert« hellhörig wurde.

Mit Blick in die Geschichte ist festzustellen, dass erstmalig im 19. Jahrhundert der Begriff des Rechtsstaates auftaucht, der Wandel von der Herrschaft der Herrschenden hin zur Herrschaft von Recht und Gesetz setzte ein. Mit dem Rechtsstaatsprinzip wird die Staatsgewalt zu Gunsten der Bürgerinnen und Bürger limitiert, Grundrechte werden garantiert, beispielsweise ist der Gang zu

den Gerichten für Jedermann frei. In unserer Verfassung (Grundgesetz) sind die Grund- und Menschenrechte festgehalten. Trotzdem ist festzustellen, dass hinter der Rechtsgleichheit sich auch heute noch eine soziale Ungleichheit versteckt – die Gesetze sagen nichts zur sozialen Situation der Gesellschaft.

Der in der öffentlichen Diskussion immer wieder angeführte »Unrechtsstaat« DDR bestimmte dann im weiteren Gespräch den Inhalt. So stellte Dr. Schöneburg fest, dass der »Unrechtsstaat« nirgendwo kodifiziert ist, kein Rechtslexikon weist diesen Begriff aus. Er ist nicht definiert. Der Rechtssoziologe Prof. Dr. Rottleuthner von der Freien Universität Berlin sieht den »Unrechtsstaat« als »politischen Kampfbegriff« und für den Brandenburger Generalstaatsanwalt Rautenberg ist er ein »im Kalten Krieg der 1950er Jahre geborener

Begriff«. Für Rottleuthner bestehen auch »höllengebreite Unterschiede« im immer wieder gern gezogenen Vergleich zwischen dem »Unrechtsstaat« DDR und dem Dritten Reich. Im Nationalsozialismus wurden Verbrechen wie Massenmord aufgrund rassistischer Ideologie zum Staatsziel erhoben und massenhaft legitimiert. Ein für den abstrusen Vergleich beider Staaten und ihres »Unrechtscharakters« immer wieder gern genommenes Beispiel sind der Richter am NS-Volksgerichtshof Freisler und die DDR-Richterin Hilde Benjamin. Er erließ 2.000 (!) Todesurteile, sie im gleichen Zeitraum späterer Jahre zwei.

Eine interessante Anekdote: Laut Äußerungen von Bundesjustizminister Maas ist ein folternder Staat willkürlich handelnd. Er handelt also nicht nach Recht und Gesetz, müsste also im Umkehrschluss

als »Unrechtsstaat« bezeichnend werden. Staaten wie die Türkei, Singapur – oder die Vereinigten Staaten – haben gefoltert oder foltern immer noch. Aus diplomatischen Gründen und politischen Interessen wird dies aber nicht als »Unrechtsstaat« betitelt. Die Gleichheit ist hier für bestimmte eben gleicher ...

Abschließend ging Dr. Schöneburg noch auf die Gegenwart ein. Heutzutage werden bei Taten nicht mehr die sozialen Ursachen betrachtet, sondern immer nur neue Straftatbestände geschaffen. Das ist billig und schnell, aber die Realität ausblendend. Fazit: Der Begriff »Unrechtsstaat« ist für Schöneburg und DIE LINKE als Grundlage der Politik abzulehnen – das gilt ausdrücklich nicht für bestimmte Einzelschicksale.

Felix Thier, Luckenwalde

Fegefeuer – Ablasshandel

Jüterbog und die Reformation – Lutherdekade 2007 bis 2017

Wer heute den Begriff »Reformation« hört, denkt sicherlich zuerst an Martin Luther und seine 95 Thesen, die er in Wittenberg an die Tür der Schlosskirche angebracht haben soll. Weiter schweifen die Gedanken zu Philipp Melancthon oder Ulrich von Hutten, dem Bauernkrieg und dessen Folgen, dem Schmalkaldischen Krieg, der in der Schlacht bei Mühlberg sein Ende fand. An Jüterbog denken nur die Wenigsten.

Am 8. Februar 2012 erhielt Jüterbog als Stätte der Reformation das Europäische Kulturerbe-Siegel. Warum?

Der Ablasshandel blühte. Johann Tetzel predigte 1517 in Jüterbog und bot seine Ablassbriefe an. Die Einnahmen aus dem »Petersablass« sollten für den Neubau des Petersdoms in Rom verwendet werden. Der Magdeburger Erzbischof Albrecht, der damalige Stadtherr von Jüterbog, konnte einen Teil dieser Einnahmen zur Tilgung seiner Schulden verwenden. In dieser Zeit hatten die Menschen Angst, für ihre Sünden grausam bestraft zu werden. Ein gekaufter Ablass versprach das Erlassen solcher Strafen und galt als Beleg für Reue. Besonders wertvoll waren Spenden für den Bau einer Kirche. Tetzel hatte gestaffelte Tarife für die verschiedenen Vergehen von Ehebruch bis Mord.

Johann Tetzel durfte sich nicht im sächsischen Wittenberg aufhalten. Um 1517 kauften immer mehr Bürger Wittenbergs ihren Ablass in Jüterbog, das noch zu Magdeburg gehörte. Martin Luther ärgerte sich über den »Ablass-tourismus« und verfasste seine berühmten Thesen gegen den Ablasshandel, die heute als Beginn der Reformation gewertet werden.

1519 predigte Thomas Müntzer für kurze Zeit in der Jüterboger Kirche St. Nikolai. Im berühmt gewordenen Kanzelstreit mit den Franziskanern des ansässigen Klosters wurde der Begriff »Lutheraner« geprägt. Damals ein Schimpfwort, das die Franziskaner in ihrer Beschwerde beim Bischof nutzten. Spuren der Reformation kann man in Jüterbog noch heute finden. Sie bilden den Hintergrund für einen Stadtrundgang. Der neu eingerichtete Luther-Tetzel-Weg führt nach Wittenberg und kann mit dem Rad entdeckt werden.



Johann Tetzel am Dammtor in Jüterbog

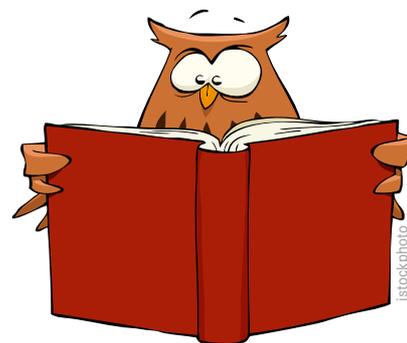
Petra Haase, Jüterbog

8. Mai, Tag der Befreiung

Zum 70. Mal jährt sich am 8. Mai 2015 der Tag der Befreiung. Aufgrund der aktuellen Ereignisse in der Ukraine und dem gegenseitigen Säbelrasseln zwischen der NATO und der Ukraine sowie Russland – und hier schenken sich beide Seiten nichts! – haben sich zahlreiche westliche Staats- und Regierungschefs dazu entschlossen, an den Feierlichkeiten in Russland zum Tag der Befreiung und des Sieges nicht teilzunehmen. Die Ereignisse in der Ukraine und ein starkes, geschlossenes Zeichen gegen Putins Russland sind wichtiger und mehr wert, als das Gedenken und Erinnern an die Verdienste der Sowjetunion und der von ihr erbrachten Opfer zur Befreiung der Menschheit vom deutschen Faschismus. Unsere Politiker sind doch sonst auch immer in der Lage, das eine vom anderen zu trennen. Man kritisiert die Menschenrechtssituation der US-Gefangenen in Guantanamo, die mangelnde Rechtsstaatlichkeit in Saudi-Arabien oder Katar. Aber hinfahren und (Waffen-)Geschäfte zum Wohle der heimischen Wirtschaft abschließen, mit den dort politisch Verantwortlichen gemeinsame Sache machen, das können unsere Regierenden vortrefflich! Sind Millionen Kriegsoffer es nicht wert, dass der Befreiung der Menschheit vom Hitlerfaschismus am 8. Mai jedes Jahres gedacht wird? Wenn schon die Regierenden es nicht für nötig halten, sollten wir Linken das antifaschistische Gewissen sein. Das sind wir den Opfern schuldig, das ist unsere Verantwortung. Deshalb gibt es zu diesem 70. Jahrestag der Befreiung Gedenken an vielen Orten unseres Landkreises. **Ab 2015 ist der 8. Mai ein gesetzlicher Gedenktag im Land Brandenburg. Links wirkt!**

Felix Thier, Luckenwalde

L E S E U L E



Familiengeschichte auf andere Art

Vielleicht hat sich so mancher schon mal gefragt: Was wissen unsere Kinder und Enkel eigentlich über unsere Familie vor ihrer eigenen Geburt? Sind wir nicht bemüht, schlimme Erfahrungen von ihnen fernzuhalten? Wie sind solche Wissenslücken zu schließen? – Darüber berichtet »Erben der Erinnerung« von Philip Meinhold, Jahrgang 1971. Ausgelöst wird sein »Erinnern« durch den Wunsch seiner betagten Mutter: »Ich möchte mit meinen drei Kindern und den großen Enkeln gerne nach Auschwitz fahren.«

Es ist nicht die hundertste Variante des Grauens im ehemaligen Vernichtungslager. Meinhold befasst sich erst einmal mit der Ursache des sonderbaren Wunsches seiner Mutter. Der liegt in der Geschichte seiner Familie, in der der Liebe wegen evangelische Christen Juden heirateten. Welche Folgen das für die Angehörigen hatte, wird dem Autor erst bei seiner Reisevorbereitung richtig bewusst.

Für mich warf dieses Buch Fragen auf: Wie sollen unsere Kinder und Enkel uns in unserem Handeln verstehen, wenn sie kaum etwas aus unserer Vergangenheit kennen? Ein zum Nachdenken anregendes Buch.



Philip Meinhold
Erben der Erinnerung
Broschur, mit Abbildungen
192 Seiten, 14,00 Euro
Verbrecher Verlag
ISBN 9783957320889

»Nachschlag« zur Satire-Lese-Eule

In der Februar-März-Ausgabe 2015 hatte ich Kurt Tucholsky zitiert mit dem Satz:

»Was darf die Satire? Alles!«

Diese Aussage hat bei einigen Lesern zum Widerspruch geführt, dem ich mich anschließe. Die Satire oder Karikatur darf religiöse Gefühle nicht verletzen, sie sollte zwar »beißen«, aber im Rahmen der Toleranz. Zu diesem Ergebnis kamen auch die Teilnehmer einer Diskussionsrunde über die Geschichte der Karikatur.

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Liebe Leserin, lieber Leser,
da so eine Zeitung natürlich die Meinungen unserer AutorInnen verbreitet, sind wir an Debatten und Meinungen interessiert – auch von Euch/Ihnen!
Wir freuen uns über Eure/Ihre Zuschriften, die wir hier gern (falls nötig sinnwährend gekürzt) veröffentlichen und so Diskussionsraum bieten wollen.

E-Mail:
redaktion@
dielinke-teltow-flaeming.de

Postanschrift:
DIE LINKE. Teltow-Fläming
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde

ZITIERT:

Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen SIE, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.

Richard von Weizsäcker (15. April 1920; † 31. Januar 2015)*

Demografischer Wandel unserer Gesellschaft

Interview: Herausforderung und Chancen in der Gemeinde Niedergörsdorf

Im Leitbild der Gemeinde Niedergörsdorf heißt es u. a. »Es ist unser Ziel, das Leben in der Region lebenswert zu machen ... Wir fördern den seniorengerechten Wohnungsbau sowie das Fläminghaus und helfen den Menschen, aktiv und selbstbestimmt das Alter erleben zu können.« Diese Zielstellung hatten wir LINKEN in unser Wahlprogramm aufgenommen.

Unsere Abgeordnete Viola Heimke arbeitet aktiv im Sozialausschuss mit, um diese Aufgabenstellung mit Leben zu erfüllen.

Mit **Viola Heimke**, Jahrgang 1966; *Häusliche Pflege & Tagespflege Fläminghaus Niedergörsdorf* habe ich über ihre Erfahrungen und Probleme gesprochen.

Seit dem Umzug in das Fläminghaus, das die Gemeinde Niedergörsdorf nach deinen Vorstellungen ausbaute, hat sich deine Sozialstation toll entwickelt. Was kannst du nun anbieten?

Viola: Seit 2009 bin ich selbstständig und in meinem Wohnhaus mit dem Angebot der Häuslichen Pflege gestartet. Mit dem Umzug in das Fläminghaus im Jahre 2011 konnte ich meinen Traum der Tagespflege in die Wirklichkeit umsetzen. Ich betreue mit meinen 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ca. 100 Senioren und Seniorinnen und bis zu 17 Gäste täglich in der Tagespflege.

Als parteilose Unternehmerin hast du dich als Kandidatin für DIE LINKE aufstellen lassen. Warum?

Viola: In meinem Unternehmen habe ich 18 ehrenamtliche Helfer zur Betreuung der Senioren. Sie singen und basteln mit ihnen. Sie gehen mit ihnen spazieren und sie helfen bei Festen und Feiern. Helmut Scheibe ist einer von ihnen. Als er als Gemeindevertreter nicht mehr kandidierte, hat er mich gefragt, ob ich seine Arbeit im Sozialausschuss nicht weiterführen möchte. So habe ich mich für euch entschieden. Und dann wurde ich gewählt.

Nun arbeitest du schon seit deiner Wahl aktiv im Sozialausschuss – welche Erfahrungen konntest du dabei sammeln?

Viola: Zuerst musste ich mich in die Materie der Ausschussarbeit einarbeiten. Die Gemeindever-

waltung organisierte mit allen Mitgliedern der Gemeindevertretung eine Rundfahrt durch die Ortsteile und Besichtigungen der Einrichtungen – Kitas, Grundschule, Jugendräume, Dorfgemeinschaftsräume sowie Kultur- und Sporteinrichtungen. Das war eine tolle Grundlage für unsere Arbeit. Logischer Weise interessiere ich mich in erster Linie für die Seniorenarbeit. Da werde ich mich mit einbringen und viele Ideen für meine Arbeit mitnehmen.

Das alles hört sich ja an, als ob du rund rum zufrieden bist – gibt es denn noch etwas, was du dir wünschst?

Viola: Als die alte Schule verkauft wurde und viele alters- und behindertengerechten Wohnungen entstehen sollten, habe ich mich gefreut, dass wir für unsere Senioren einen Platz schaffen, der es ihnen ermöglicht, ein selbstbestimmtes Leben in ihren bekannten Umfeld zu führen. Leider ist aus diesem Projekt bis heute nichts geworden.



Viola Heimke auf der Couch vorn, Mitte mit ihrem Team

Du arbeitest eng mit der Kita Kinderland Niedergörsdorf und der Schule Blönsdorf zusammen – wie wirkt sich das auf eure Arbeit aus?

Viola: Diese Zusammenarbeit ist ein gegenseitiges Nehmen und Geben. Wenn die Kinder da sind und mit den Senioren singen ist ein Strahlen in den Augen der Senioren, auf das ich nicht mehr verzichten möchte. Beim gemeinsamen Sport strengen sich die Älteren richtig an, um nicht hinter den Kindern zurückzustehen. Das macht einfach nur Spaß! Die Kinder freuen sich immer auf die vielen Omas und Opas.

Generationen zusammen führen, dieses Thema wird immer wichtiger in der heutigen Zeit des technischen Fortschrittes. Durch die zunehmende Technik in den Haushalten usw. wird die Kommunikation immer mehr vernachlässigt. Unsere Geschichte geht immer mehr verloren, über Gefühle wird immer weniger gesprochen. Hier in der Gemeinschaft kann man viele Dinge aufgreifen, einfach darüber reden und gegenseitig Zuhören. Es ist für uns Menschen sehr wichtig.

Als Abgeordnete werde ich aber die Gemeinde bei ihren Bemühungen zur Weiterführung des Projektes unterstützen.

Noch einen Wermutstropfen gibt es dabei – Um die Mobilität der Senioren zu erhöhen muss es auch möglich sein, dass sie mit Rollstuhl oder Rollator von der Haustür zu einem moderaten Preis in die Stadt kommen. Vielleicht sollte das Projekt »Mobilität über Land« mehr in Erwägung gezogen werden. Unser Verein, den wir 2009 gründeten, für die »Mobilität über Land« freut sich über viele neue Mitglieder. Wir werden Schritt für Schritt unsere Ziele umsetzen.

Zum Schluss wünsche ich mir, dass das Motto unserer Tagespflege »Schöne Flämingzeit« zum Motto aller Menschen werden sollte – dann wäre das Leben noch lebenswerter. **Für eine wundervolle und schöne Zeit, gemeinsam mit viel Herz und Freundlichkeit.**

Das Gespräch führte **Edeltraut Liese**, Gemeindevertretung Niedergörsdorf, Fraktionsvorsitzende der LINKEN

NACHGEFRAGT:

Einer von uns

Michael Mrositzki

Jahrgang 1954, dreifacher stolzer Opa. Er erlernte den Beruf eines Agrotechnikers, war stellvertretender Bürgermeister in Mahlow und schloss 1988 ein Studium als Staats- und Rechtswissenschaftler ab. Nach der Wende machte er noch eine Ausbildung, die er 1996 erfolgreich als Versicherungsfachmann abschloss. Michael lebt seit 1995 in Rangsdorf.

Was ist für dich links?

Menschen zu helfen, ihre sozialen Bedürfnisse in dieser Gesellschaft durchzusetzen.

Was regt dich auf?

Intoleranz gegenüber Hilfsbedürftigen und älteren als auch jüngeren Menschen.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Die zunehmende Fremdenfeindlichkeit gegen Asylbewerber, die Verschärfung der geopolitischen Situation in der Welt, die zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen in der Welt, aber auch in der Ukraine.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Geboren in der DDR, ist dieser Teil des jetzigen Deutschlands meine Heimat, in der ich sehr gerne mit meiner Familie und den Enkelkindern lebe.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Ein Miteinander aller Einwohner in Rangsdorf, Respekt vor dem Geschaffenen unserer älteren Generation.

Wie sollte Rangsdorf in zehn Jahren aussehen, oder was wünschst du dir für Rangsdorf? Anders formuliert: Wovon träumst du?

Von der Wahrung unserer Natur, vor allem des Grüns in unserer Gemeinde, weniger Baumfällungen, soziale Verantwortung gegenüber der jungen als auch älteren Generation, für einen lebenswertes Wohnen in unserer Gemeinde mit vielen sozialen als auch touristischen Einrichtungen.

Nachgefragt hat

Maritta Böttcher, Jüterbog

DABEI SEIN:**TERMINE UND AKTIONEN**

25. Familienfest, 1. Mai 2015
10 Uhr, Ehrung der LINKEN und der SPD am Denkmal Opfer des Faschismus Jüterbog
10.30 Uhr, Kundgebung und Kranzniederlegung am Rathaus in Jüterbog und anschließend politischer Frühschoppen
ab 14 Uhr, Familienfest Boulevard Luckenwalde

Beratung Regionalvorstand

7. Mai 2015, 18.30 Uhr
Geschäftsstelle Jüterbog

70. Jahrestag der Befreiung

8. Mai 2015
regionale Gedenkveranstaltungen

Seniorenachmittag, Besuch des Heimatmuseums Luckenwalde
20. Mai 2015, genaue Uhrzeit bei Anmeldung in der Kreisgeschäftsstelle

Gesamtmitgliederversammlung Stadtverband Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal

5. Juni 2015, 16 Uhr
Gaststätte »Zur Wendeschleife«

Bundesparteitag Bielefeld

6. und 7. Juni 2015

Regionale Kreisvorstandssitzung

13. Juni 2015
Ludwigsfelde, Albert-Tanneur-Str. 17

25. Familienfest am 14 bis 18 Uhr, Boulevard Luckenwalde



- 14 Uhr Eröffnung durch Felix Thier, Mitglied des Kreistages Teltow-Fläming und Vorsitzender des Kreisverbandes DIE LINKE.TF
- Zwischen 14 und 18 Uhr bei beliebter Live-Musik mit den »Lustigen Beelitzern«, »Josi & Chris«, Showgruppen und weiteren Überraschungen für Auge und Ohr
- große Tombola ■ Kaffee und Kuchen ■ Antiquariat: Bücher, Schallplatten, CDs ■ Abgeordnetenzentrum mit Vertretern aus Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik ■ Minibücher ■ Quiz mit Sachpreisen
- Info-Stände von Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften ■ Für das leibliche Wohl ist gesorgt



Für unsere kleinen Gäste: Musikalische Spiele-Show mit Hüpfburg sowie dem Mobilien Fahrrad-Parcours

Arbeit, von der man leben kann.

DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming

DIE LINKE. Teltow-Fläming VOR ORT UND IM NETZ:

Geschäftsstellen

14943 Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
Telefon: 03371 632267
Telefax: 03371 636936
E-Mail: info@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog
Große Straße 62
Telefon: 03372 432691
Telefax: 03372 443033
E-Mail: tf.sued@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde
Albert-Tanneur-Straße 17
Telefon: 03378 510653
Telefax: 03378 510654
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-
teltow-flaeming.de
www.dielinke-ludwigsfelde.de
www.facebook.com/dielinke.tf

Auch interessant:
www.dielinke-rangsdorf.de;
www.facebook.com/
dielinke.rangsdorf

www.dielinke-zossen.de;
www.facebook.com/
DIE.LINKE.ZOSSEN

www.dielinke-
blankenfelde-mahlow.de

**Leserbriefe
und Zuschriften
sind ausdrücklich
erwünscht.**

**Nächste Ausgabe:
15. Juni 2015**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Kreisverband Teltow-Fläming
V.i.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-teltow-flaeming.de
Redaktion: Maritta Böttcher, Felix Thier
Redaktionsschluss: 31. März 2015
Layout und Druck: MediaService GmbH
Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White,
100% Recycling
Auflage: 2000, April 2015
Veröffentlichte Beiträge müssen
nicht in jedem Fall mit der Meinung
des Herausgebers übereinstimmen.

Schönes Wetter lockte Groß und Klein in den Schlosspark Jüterbog



Schmuck hatte er sich gemacht, der Osterhase, denn ganz in weiß kam er am 4. April über die Wiese, um die vielen Kinder mit Süßigkeiten und Ostereiern zu erfreuen. Eingeladen zum Osterhasenfest hatte ihn die Partei DIE LINKE, die das traditionelle Treiben zusammen mit dem Team von der Kita »Petzi's Kinderland« und vielen ehrenamtlichen Helfern, wie Edeltraut Liese, auch in diesem Jahr wieder für alle Kinder organisierte.

Noch bevor Maritta Böttcher das Fest eröffnete, eroberten die Kinder schon die tolle Hüpfburg oder warfen Büchsen um. Wer keine Lust auf sportliche Betätigung hatte, konnte sich schminken lassen oder schöne



Bericht vom Runden Tisch »Asyl«

Am 12. März fand der dritte Runde-Tisch Asyl im Flüchtlingsheim statt. Zu diesem Treffen sind ca. 25 Bürger gekommen. Frau Mechthild Falk (Pfarrerin der Ev. Kirchgemeinde St. Nikolai Jüterbog) leitete diese Gesprächsrunde professionell. Nach einer kurzen Vorstellungsrunde wurden zuerst die zu besprechenden Themenpunkte gesammelt und notiert, danach konnte jeder Punkt besprochen werden. Frau Christine Geister (Sozialbetreuerin des Heims) gab einen kurzen Überblick zur Situation im Haus. Sie sprach vom Tag der offenen Tür in der benachbarten Rettungsstelle, deren Mitarbeiter hatten die Flüchtlinge eingeladen. Wir haben von ihr erfahren, wie viele Bewohner gerade einen Deutschkurs besuchen.

Auch davon, dass die schulpflichtigen Flüchtlingskinder jemanden bräuchten, der ihnen in der Schule deutsch beibringt. Bitte nicht falsch verstehen! Die Lehrerinnen sind natürlich dazu fähig, aber die Kinder brauchen zurzeit das Fach Deutsch von Montagfrüh bis Freitagmittag in den nächsten Wochen. Die Schule kann das personell nicht meistern, deshalb werden Helfer gesucht, die das übernehmen können. Man muss kein Lehrer sein, wichtig ist nur, dass man die deutsche Sprache beherrscht. Ein extra Raum wird zur Verfügung gestellt. Gabriele Schröder (Ortsvorsteherin von Kloster Zinna) hat sich gleich dazu bereiterklärt, den Kindern beim Deutsch lernen in der Schule zu helfen. Weitere interessierte Bürgerinnen und Bürger können sich bei Frau Christine Geister im Heim melden. Wohnungen für Flüchtlinge war auch ein Thema. Wer schon mehrere Monate im Heim wohnt, kann und sollte in eine Wohnung ziehen, damit neu ankommende Asylsuchende ins

Osterdekorationen basteln. Waffeln, Kuchen und Obstsäfte stillten den Appetit, für den Hunger gab es zur Mittagszeit leckere Nudeln mit Tomatensoße. Max, Melina, Jesko und Fabienne freuten sich gemeinsam mit ihren Eltern und allen anderen über den gelungen Osterspäß, der in diesem Jahr schon zum achten Mal ins Freie lockte.

Die von Rassekaninchenzüchter Jörg Schmiedchen ausgestellten Mümmelmänner waren nicht nur Anziehungspunkt für die Kleinen sondern auch für die Großen.

Sabine Gumpel, BO Trebbin

Heim ziehen können. Frau Falk hat Nadine Fischer (Verein zur sozialen Selbstverteidigung) gebeten, uns zu berichten, wie sie einer jungen Flüchtlingsfamilie gerichtlich geholfen hat, damit diese Familie in eine eigene Wohnung ziehen konnte. Eine wichtige Frage war außerdem: Was können wir zum Sommerfest (27. Juni 2015) alles tun, damit es eine gelungene Veranstaltung wird? Es gab den Vorschlag, die weißen Flure mit Farbe und Pinsel zu gestalten, um gemeinsam etwas zu verschönern. Mit den Heimbewohnern zusammen Essen kochen, war ein weiterer Vorschlag. Auch wer für die musikalische Umrahmung sorgen könne, wurde festgehalten. Falls es noch weitere Ideen zum Sommerfest gibt, dürfen diese beim nächsten Runden-Tisch Asyl eingebracht werden. Dieser findet am 12. Mai um 17.30 Uhr im Flüchtlingsheim im Waldauer Weg statt.

Jochen Kutschera, Jüterbog